

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921

93 (5.4.1921) Erstes Blatt

Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle
Mitterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Die große Anzeigenliste
oder deren Raum a. l. 100
1.40 M. d. Anzeigen 1.00 M.
Stichtag 5. - 10. - 15. -
erster Stelle 1.00 M.
Nacht nach 1.00 M.
Anzeigen-Annahme
bis 12 Uhr mittags
kleinere Anzeigen (sonstige)
bis 4 Uhr nachmittags.
Verlagsdirektion:
Geschäftsstelle Nr. 203,
Verlag Nr. 207,
Schriftleitung Nr. 20 u. 21,
Schriftführer Nr. 217

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenchrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Geschäftsführer: Hermann v. Sauer, Verantwortlich für Inhalt: Martin Polzner; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den Reichsteil: Hermann v. Sauer; für den Auslandsteil: Heinrich Gerhardt. Druck und Verlag: C. B. Müller'sche Buchdruckerei m. b. H., sämtliche in Karlsruhe, Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Preackstraße 66/68, Telefon-Nr. 1011. Für unvollständige Manuskripte oder Druckfehler übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Änderungen erfolgen, wenn vorher benachrichtigt ist.

118. Jahrg. Nr. 93.

Dienstag, den 5. April 1921

Erstes Blatt.

Appell an den Völkerbund?

Von Dr. Hans Rehberg,
Leiter der völkerrichtigen Abteilung der
Deutschen Liga für Völkerbund.

Die tiefsten Gründe für die zahlreichen Streitigkeiten, die dauernd über die Auslegung des Friedensvertrages entstehen, liegen ganz gewiß einmal in der unrichtigen Haltung der Verfallener Bedingungen, dann aber auch in der gewollt unklaren Fassung des Friedensvertrages, der namentlich in den entscheidenden Fragen der „Wiedergutmachung“ nur den großen Rahmen gibt, innerhalb dessen die Regelung stattfinden soll, die Entscheidung über die Einzelheiten aber den Besonderen Bestimmungen vorbehalten. Wir wollen die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich am Schlusse des Weltkrieges einer Kloudation des Zusammenbruchs entgegenstellten, gewiß nicht verkennen. Aber gerade aus ihnen hätte sich die Notwendigkeit ergeben, in gemeinsamer Beratung die Probleme zu lösen und nicht durch ein Ultimatum, hinter dem die Kanonen hoch hängen. Sollte der Weltkrieg nicht mit der Vergangenheit abschließen, sondern auch den hoffnungsvollen Beginn eines neuen Zeitalters der internationalen Zusammenarbeit und Völkerverständigung bilden, dann müßte durch die Gerechtigkeit und Billigkeit wie die Klarheit der Friedensbedingungen eine Stabilität dafür geschaffen werden, daß sich nicht aus dem Verfallener Frieden immerfort neue, das Leben der Völker vergrößernde Streitigkeiten ergeben.

Die alliierten und assoziierten Mächte fleißig Gründe davon aus, daß solche Streitigkeiten im Grunde gar nicht entstehen könnten. Sie bieten es für selbstverständlich, daß die Gerechtigkeit angeblich das Recht und die Gerechtigkeit verleiern, ganz allein über die Auslegung der Verfallener Bestimmungen zu entscheiden hätten. Wahrscheinlich eine wertwürdige Art der Rechtsprechung und Exekution wurde somit als eine ständige Institution bis zur endgültigen Ausföhrung des Friedensvertrages geschaffen: Die Sieger, die angeblich die Verfallener des Rechts und der Gerechtigkeit darstellen, tatsächlich aber Partei sind, wollten das Urteil fällen und ihm auch mit eigenen Mitteln, die ihnen ja hinreichend zur Verfügung stehen, Geltung verschaffen. Deshalb haben sie davon ab, in den Friedensvertrag eine allgemeine Schiedsklausel aufzunehmen, wonach alle aus der Auslegung des Vertrages entstehenden Streitigkeiten von unparteiischen, neutralen Schiedsrichtern zu entscheiden sein würden. Nur in einigen Fragen von geringerer Bedeutung haben sie solche Schiedsgerichte vorgesehen (vgl. z. B. Art. 289 Abs. 5, 376 und 386 und Verf. Nr. 3.). Nun bestimmt Artikel 13 der Völkervereinbarung, die einen Bestandteil des Friedensvertrages bildet, daß die einer Schiedsrichterlichen Lösung unzulässigen Fragen einem unparteiischen Schiedsgericht unterbreitet werden sollen, wenn den Parteien eine diplomatische Erledigung nicht gelingt. Aber eine Pflicht zur Anrufung des Schiedsgerichts ist hier nicht vorgesehen, und Frankreich hat sich ja auch mit allen Kräften gekümpft, das in Genuß der ersten Bundesversammlung der Weltfriedensvertrag zu fassen kam. Dagegen würde die Tatsache, daß wir noch nicht Mitglied des Völkerverbundes sind, die Anwendung jener Bestimmungen, wie wir noch sehen werden, nicht ohne weiteres ausschließen.

So ergibt sich die Sachlage, daß die Alliierten und Assoziierten nicht verpflichtet sind, Streitigkeiten aus dem Friedensvertrage durch eine dritte unparteiische Instanz entscheiden zu lassen, und daß sie vermöge der hinter ihnen liegenden Gewaltmittel tatsächlich in der Lage sind, um jede Auslegung anzuhängen, die für sie günstig ist. Gerade hinsichtlich der Wiedergutmachung und der in Folge ihrer Nichterfüllung gerechtfertigten Sanktionen ist diese Lage für uns besonders bedenklich, weil über den Inhalt der vorgeschriebenen Leistungen nur alles leicht, selbst bei dem vom besten Willen befehlten Parteien, Meinungsverschiedenheiten aufzudecken können. Darin ist erlaubt sein, daß eine Partei, nur weil sie härter ist, das Recht besitzt, darüber zu entscheiden, welchen Wert die bisher von Deutschland gemachten Leistungen haben? Deutschland bejaht, daß es bereit ist Waren, Saffien usw. 20 Milliarden Mark bezahlt und infolgedessen die Bestimmungen des Art. 285 des Friedensvertrages erfüllt habe, wonach bis zum 1. Mai 1921 eine solche Summe gezahlt werden muß. Die Gegner betreiben dies und kümmern sich nicht um die Vorklärung, daß wir, selbst wenn unsere Angaben über den Wert unserer Leistungen unzutreffend wären, noch eine Frist bis zum 1. Mai 1921 haben. Sie behaupten weiter, daß nach § 18 der Anlage 2 des Teiles 8 im Falle der vorläufigen Verletzung der Wiedergutmachungspflichten durch Deutschland die Besetzung deutschen Staatsgebietes zulässig sei. Dabei übersehen sie den inneren Zusammenhang dieser Bestimmung. Es heißt in § 18 zwar, „daß die alliierten und assoziierten Mächte wirtschaftliche und finanzielle Sperr- und Zwangsmaßnahmen zur Vermeidung ausführen dürfen sowie überhaupt alle Maßnahmen, welche sie durch die Umstände geboten erachten“. Aber, wie schon der treffliche Kommentar von Win-

dlich über „den Friedensvertrag vom 28. Juni 1919“ zu einer Zeit betont hat, als Streitigkeiten dieser Art noch nicht voraussehen waren, können hiermit nur Maßnahmen gemeint sein, die einen wirtschaftlichen Zwang darstellen. Daraus ergibt sich die Unzulässigkeit der Besetzung weiteren deutschen Staatsgebietes, und da auch Art. 429 Schlussabtrag sowie Art. 430 für den Fall der Verletzung der Bestimmungen des Friedensvertrages nur die Verlängerung bzw. die Erneuerung der Besetzung deutschen Staatsgebietes weislich des Rheins einschließt, der Brückenköpfe vorzehen, so hat Deutschland in seinem Artikel des Friedensver-

Lloyd George und der englische Niefenstreik.

6. Vor unserer Berliner Redaktion wird uns ge-

brachtet:
Man hat dem Leiter der englischen Gesamtpolitik, Lloyd George, oft, und nicht etwa nur in Deutschland, den Vorwurf der Charakterlosigkeit, Unbehändigkeit und Mangel an Verantwortungsgefühl gerade den großen Problemen gegenüber gemacht. Fast unheimlich wirkte bekanntlich die Möglichkeit, mit der er im Januar in Paris aus einem Gegner der französischen maßlosen Ansprüche an Deutschland zu einem Befürworter derselben wurde und dann in London auch den verhängnisvollen Abbruch der Verhandlungen entschied. Ebenso trah ist der Widerspruch seiner Äußerungen über die Kriegsschuld. Einmal erklärte er felerlich, daß keine Regierung im Jahre 1914 die Katastrophe gewollt habe, sondern daß alle in den Krieg hineingekippt seien; wenige Wochen später schlägt er mit der Faust auf den Tisch und sagt, Deutschland sei der Alleinverursacher. Die Begriffe Wahrheit und Gerechtigkeit sind für diesen Demagogen einfach nicht vorhanden. Seine einzige Sorge ist in diesem Augenblick: Wie komme ich aus dieser Schwierigkeit heraus? Sogar die „Times“ stellen in ihrer Nummer vom 4. März etwas betrübend fest, daß infolge der Beweglichkeit und Unzuverlässigkeit Lloyd Georges der Respekt vor der englischen Staatsmannschaft seit Ende des Krieges überall wahrnehmbar gesunken sei.

Die letzte große Inkonsequenz gerade in englischen Augen war der Abbruch einer Art Handelsabkommen mit den russischen Bolschewiken, deren blutbedeckte Verhängnispolitik Lloyd George kurz vorher noch mit den heftigsten Worten gebrandmarkt hatte. Steht man nun aber genauer hin, so war auch dieser Umstand nur ein Hilfsmittel, um vielleicht über die neuen großen Schwierigkeiten der inneren Politik hinwegzukommen. Lloyd George hat wohl gehofft, die englischen Sozialisten durch ein solches Entgegenkommen nach Moskau hin etwas beschwichtigen zu können. Diesmal hat seine schlaue Taktik verfehlt, gegen die Schwierigkeiten der britischen Probleme und gegen die Vorhölle des amerikanischen Geschäfts- und Flottenimperialismus sich die Hilfe Frankreichs zu sichern, indem er das besiegte Deutschland der schamlosen Raube und Raubzüge seines Nachbarn überantwortete. Ob allerdings solche Versicherungen von langer Dauer sein werden, muß abgewartet werden. Frankreich hat offenbar gar keine Lust, gegen Amerika Partei zu nehmen, wovon aber die immer enger werdende innere englische Gefahr durch Lloyd Georges Ablenkungsmittel nicht zu bannen. Der Streik der englischen Bergarbeiter, der zu einem Niefenstreik bei den Transportarbeitern und der Eisenbahn zu führen droht, und die drei Millionen Arbeitslose sind die ernsteste Gefahr, die England seit dem Kriege durchmachen muß. Lloyd George hat am 3. März in einer merkwürdigen Rede das englische Völkergemüt und alle Parteien zusammengerufen zur energischen Abwehr. Nach der jetzt hier eingetroffenen „Times“ hat er damals sehr offen ausgesprochen: „Die militärische Gefahr ist vorüber, aber andere, noch heimtückischere, niemals aussehende Gefahren sind vorhanden, nämlich die Gefahren, die aus den neuen Lebensbedingungen, aus den neuen Ideen und aus den neuen sozialistischen Organisationen erwachsen, die plötzlich so große Macht erlangt haben. Die Gefahr liegt in dem staunenswerten mächtigen Aufstieg, einer neuen Partei mit neuen Zielen, die in höchstem Grade umhürzlerischen Charakter trägt. Sie nennt sich „Arbeiterpartei“, ist aber in Wirklichkeit sozialistisch. Wir können manchmal noch nicht an diese drohende Gefahr glauben. Genau so war es mit der deutschen Gefahr.“

Noch ist die Zeit wohl nicht gekommen, wo man in England einseht, daß eine deutsche Gefahr nur für eine maßlose erpresserische Ausbeutung Englands bestanden hat und daß die Folgen des von England planmäßig vorbereiteten Weltkrieges gegen dieses Deutschland auch für den Engländer vielfach verhängnisvoll werden werden, weil durch sie die Grundfesten der Gesellschaftsordnung erschüttert wurden und weil gegen diesen sozialistischen Kriegszustand eine Beschimpfung des besiegten Deutschlands auf die Dauer nichts helfen kann.

Ausdehnung der Streifbewegung in England.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 4. April. Bis Sonntagabend sind nach den Berichten der Blätter sieben Bergwerke unter Wasser gelaufen. Für andere Bergwerke wird die Gefahr immer größer, weil die Maschinen die Pumpen verlassen und sich den Streikenden anschließen. Die Zahl der Streikenden beträgt 120000 Arbeiter.

Die Haltung der Eisenbahner und der Transportarbeiter.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 4. April. Alle Blätter befassen sich mit der ersten Entwicklung, die der Kohlenarbeiterstreik nimmt. In zahlreichen Betrieben beschlossen die Eisenbahner, die Bergarbeiter zu unterstützen. Die von den Vertretern des Arbeiterbundes abgegebenen Erklärungen werden dahin ausgelegt, daß sich die Eisenbahner und die Transportarbeiter den Bergarbeitern möglicherweise anschließen werden. Der Eisenbahnerführer Krampton sagte, Eisenbahner, Bergarbeiter und Transportarbeiter würden Erfolg haben, wenn sie gemeinsam handeln. Ben Smith vom Transportarbeiterverband erklärte, wenn die Arbeiter geschlagen werden sollten, so sei es sicher, daß sie alle zusammen geschlagen würden.

Das Parlament wird sich gleich mit der Kohlenkrise befassen. Das Budget wird erst zu Ende des Monats eingebracht werden. „Daily Telegraph“ schreibt: Die Nation überläßt der Regierung die Führung und die Sorge für ihre Lebensinteressen. Die „Daily Mail“ jagt: Was tut die Regierung und was will sie tun? Will sie passiv bleiben, bis der Arbeiterstreik zum Tat übergeht? Das Publikum ist berechtigt, von seinen Führern irgend einen konstruktiven Plan zu erwarten.

Kein Kompromiß.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 4. April. Die „Morning Post“ schreibt zu dem Bergarbeiterstreik, es sei klar, daß die Bergarbeiterführer gegen die konstitutionelle Regierung Sturm liefen, und daß, wenn ihren Forderungen nachgegeben werde, die Verwaltung des Landes in die Hände der Bemerkschaften übergehen werde. Bei einem solchen Streife gebe es keinen Kompromiß, da jeder Kompromiß einer Kapitulation gleichkomme. Im Hinblick auf die augenblicklichen Vorgänge in Deutschland und Italien könne man als wahrscheinlich und sogar als sicher annehmen, daß der gegenwärtige Streik von den Revolutionären benutzt werde, um ihre Ziele zu erreichen. Wenn Regierung und Volk fest zusammenstehen würden, würde jedoch die Revolution geschlagen werden.

Lohnbewegung der belgischen Eisenbahner.

(Eigener Drahtbericht.)

c. Brüssel, 4. April. Eine Kommission der belgischen Eisenbahner hat den Ministern um eine Lohnerhöhung ersucht, die den Staat 175 Millionen Franken kosten würde. Der Minister hat dies abgelehnt. Die Eisenbahnerverbände wollen, bevor sie weitere Beschlüsse fassen, die Regierung auf deren Folgen aufmerksam machen.

Ein weiterer Protest der deutschen Regierung beim Völkerverbund.

(Eigener Drahtbericht.)

Genf, 4. April. (Woff.) Der Generalsekretär des Völkerverbundes erhielt von der deutschen Regierung ein Schreiben, in dem diese gegen die Anwesenheit französischer Truppen und die französische Militärgewalt im Saargebiet als eine Verletzung des Verfallener Vertrages protestiert. Die deutsche Regierung wünscht, daß dieser Einspruch den Mitgliedern des Völkerverbundes zur Kenntnis gebracht wird, und daß der Völkerverbund in dieser Sache einen Beschluß fassen. Das Generalsekretariat hat diesen Protest dem Präsidenten der Verwaltungskommission übermitteln mit der Bitte, die Bemerkungen bekanntzugeben, die er dem Rat unterbreitet habe. Der Schriftwechsel wurde den Mitgliedern des Rates zur Kenntnis gebracht.

1920 anlässlich des Vorgehens Frankreichs im Rheingau betont hat, der Einmarsch in fremdes Staatsgebiet nicht als Vergeltungsmaßnahme aufgefaßt werden. Er stellt vielmehr bereits eine kriegerische Handlung dar, die das Recht des Deutschen Reiches auf Selbsterhaltung verletzt. Dabei muß ganz außer Betracht bleiben, daß wir infolge unserer Ohnmacht keinerlei Widerstand leisten können. In normalen Fällen würde der Einmarsch einer fremden Macht in das Gebiet des Nachbarstaates ohne weiteres als causa belli aufgefaßt werden müssen. Allerdings ist im Laufe der letzten Jahrzehnte eine nicht kriegerischen Charakter tragende Besetzung fremden Staatsgebietes als „occupation de coercion ou de police“ wiederholt vorgekommen. Aber niemals sind solche Maßnahmen im Verkehr zwischen gleichgeordneten Staaten angewandt worden, es sei denn, daß dafür ein besonderer Rechtsmittel durch Vertrag gegeben war. Ebenso wenig kann aus der besonderen Natur der neutralen Zone eine Rechtfertigung des Einmarsches als Repressalie hergeleitet werden. Denn die Souveränität hat Deutschland in diesem Gebiete nicht aufgegeben.

Wir haben es also juristisch mit einem „kriegerischen“ Vorgehen der feindlichen Mächte zu tun. Nun sagt aber Art. 11 Abs. 1 Satz 1 der Völkervereinbarung, „daß jeder Krieg und jede Kriegsvorbereitung, mag davon unmittelbar ein Bundesmitglied betroffen werden oder nicht, eine Angelegenheit des ganzen Bundes ist, und daß dieser die zum wirksamen Schutze des Völkerverbundes geeigneten Maßnahmen zu ergreifen hat.“ Daraus ergibt sich, daß schon die Drohung mit dem Einmarsch hätte genügen müssen, um den Völkerverbund in Bewegung zu setzen, daß aber auch nach Ausbruch des Konflikts der Völkerverbund jederzeit das Recht zur Intervention besitzt. Freilich heißt es in Art. 11 Abs. 1 Satz 2, daß zum Einschreiten der Antrag eines Mitgliedes des Bundes gehört, der freilich, wie wir nur zu genau wissen, bisher nicht gestellt worden ist. Aber die ganze Welt muß darauf hingewiesen werden, daß eine moralische Pflicht aller Mitglieder des Bundes besteht, so schnell wie möglich den Antrag zu stellen, da die materielle Voraussetzung des Art. 11 gegeben ist.

Aber wir brauchen uns mit dieser Feststellung nicht zu begnügen. Wir können weiterhin den Beweis führen, daß der kriegerische Einmarsch nach der Satzung des Völkerverbundes überhaupt gar nicht geschehen durfte, bevor die Entscheidung des Bundes angerufen worden war. Denn in Art. 12 der Satzung steht, daß alle Streitfragen, bevor sie zu einem Bruche führen, entweder der Schiedsgerichtsbarkeit oder dem Rate unterbreitet werden müssen. Zwar gilt diese Bestimmung zunächst nur für Streitigkeiten zwischen Mitgliedern. Durch Art. 17 ist jedoch dieser Grundsat auf Streitigkeiten zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern ausgedehnt worden. Es heißt dort: „Bei Streitfragen zwischen einem Bundesmitglied und einem Nichtmitglied... wird der Staat... der Nichtmitglied ist, aufgefordert, sich für die Beilegung der Streitfrage den den Bundesmitgliedern obliegenden Verpflichtungen zu unterwerfen, und zwar unter den vom Rat für gerecht erachteten Bedingungen. Wird dieser Aufforderung Folge geleistet, so gelangen unter Vorbehalt der Änderungen, die der Rat für erforderlich erachtet, die Bestimmungen der Artikel 12-16 zur Anwendung.“

Die Alliierten und Assoziierten durften also in das deutsche Staatsgebiet nicht einrücken, bevor der Streitfall dem Völkerverbunde unterbreitet worden war. Mit vollem Rechte hat daher Minister Dr. Simons in seiner Londoner Rede vom 7. März 1921 erklärt: „Ich melde namens der deutschen Regierung gegen die angedrohten Sanktionen den Appell an den Völkerverbund.“ Die Hoffnung freilich, daß sich der Völkerverbund, dessen Rat ja vor allem aus Vertretern unserer früheren Gegner besteht, mit dieser Angelegenheit befassen, ist meines Erachtens verschwimmend gering. Zugunsten ist in formaler Hinsicht, daß Artikel 17 unklar gefaßt ist, weil nicht gesagt wird, in welcher Weise nun der Völkerverbund in Bewegung gesetzt werden soll, und daß Artikel 11 den Antrag eines Mitgliedes voraussetzt, der bisher fehlt. Aber um so härter kann darauf hingewiesen werden, daß nach dem Geiste jener Bestimmungen unzweifelhaft die Streitfrage vor das Forum des Völkerverbundes gehört und daß dessen Ansehen schwer geschädigt wird, wenn er in den wichtigsten Fragen versagt, die überhaupt auftauchen können. Voreilig wäre es, aus solchen Anlässen an der Zukunft des Bundes zu verzweifeln. Aber man darf der Zustimmung aller Gutgesinnten der Welt versichert sein, wenn man die wahre Herrschaft der Völkerverbundidee erst vom Tage an rechnet, wo die Gewaltanwendung auch in verschleierte Form unterzogen ist und wo das heilige Antlitz der Götter des Bundes keine Sieger und Besiegte kennt, sondern nur noch gleichberechtigte Nationen, die, um mit den Worten der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung zu schließen, alle das gleiche Recht auf Leben, Freiheit und das Streben nach Glück besitzen.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

An den Toren Petersburgs.

Helsingfors, Mitte März 1921.

Der Kareliche Isthmus verbindet die finnische Halbinsel mit dem russischen Kontinent. Duer über den Isthmus fließt der kleine Fluß Soesterbäck. Das ist die Grenze zwischen Finnland und Rußland seit mehr als hundert Jahren. Diese Grenze liegt aber nur 88 Kilometer von Petersburg, der ehemaligen russischen Hauptstadt, entfernt.

Wenn das alte heilige Moskau die Stadt war, die den inneren Zusammenschluß des halbasiatischen altrussischen Reiches verkörperte, war die Stadt Peters des Großen der Exponent für das neue, nach Verbindung mit Europa strebende Rußland des 18. und 19. Jahrhunderts, der Exponent des expansionstüchtigen Pan-Slawismus, des kaiserlichen Imperialismus. Petersburg ist jetzt verloren, Petersburg stirbt aus, weil die Aufgabe Moskaus noch nicht erfüllt, weil die Ausdehnung Rußlands nach Europa nicht möglich war, so lange Rußland weder politisch noch kulturell oder wirtschaftlich reif war, seine Blinde nach außen zu richten. Aber in der Zeit, in der die Ära des europäischen Imperialismus sich auch auf die Petersburger Politik abwarf, lag die finnische Grenze nur 88 Kilometer von der Hauptstadt des russischen Imperiums. Und diese Tatsache war entscheidend für das Verhalten der russischen Imperialisten gegen das Großfürstentum Finnland: man konnte es nicht dulden, daß ein innerlich selbständiger, lediglich durch eine Art Personalunion mit dem Kaiserreich verbundener Staat nicht vor den Toren Petersburgs ein abgesondertes, der russischen Welt vollständig fremdes Leben führte. Das Fremde hat der Ruße immer als etwas beunruhigend Feindliches empfunden. Daher mußte die finnische Selbständigkeit vernichtet werden. Die Rechte Finnlands wurden durch kaiserliche Erlasse, eins nach dem andern, aufgehoben. Aber das finnische Volk zu verrufen, das vermochten die Machtbefehle des Zaren nie. Denn Sprache, Geschichte, Kultur trennten unüberbrückbar das finnische Volk vom russischen. Rußland war ein Vorposten Ostens, Finnland ein Vorposten Europas. Das war nicht zu ändern. Aber gerade in dieser Tatsache lag die Stärke Finnlands und die Schwäche Rußlands im Kampf. Die russischen Angriffe schloßen die Finnländer zusammen zu einheitlichem Widerstand, der während des Weltkriegs in der bewaffneten Erhebung gegen die russische Gewalt Herrschaft gipfelte. In Rußland war in dessen die Jarenmacht gestürzt und der Freiheitskampf der Finnländer richtete sich gegen die rote Herrschaft. An diesem Kampfe nahmen auch wir Deutsche teil und wir können immer darauf stolz sein, mitgeholfen zu haben, ein Stück Europa vor dem Untergang zu retten. Wie sich die Verhältnisse auch ändern mögen, so wir auch noch unsere Wege suchen werden, um nicht ganz allein in der Welt zu stehen, das kann in dieser Zeit des Chaos niemand vorauslagen. Wir würden aber einer unserer schändlichsten Taten untreu werden, wenn wir jemals den Unterschied zwischen Finnland und Rußland vergessen würden.

Vergeßlichkeit ist auch nicht eine Eigenschaft der Finnländer. Daher hat man es hier besonders schmerzhaft empfunden, daß ein Teil des finnischen Stammes, der auf der östlichen Seite der finnisch-russischen Grenze wohnt, nicht mit dem jungen finnischen Staat vereinigt werden konnte. Durch den mit Sowjetrußland am Selbstvertrabenden endgültig ratifizierten Frieden wurde entschieden, daß die ostkarelichen Kreise Repola und Porajärvi bei Rußland bleiben, nachdem sie bereits, in der Hoffnung, mit Finnland vereinigt werden zu können, einige Zeit unter finnischer Verwaltung gestanden hatten. Sie zu gewinnen, war die Aufgabe der finnischen Friedensdelegation gewesen. Sie scheiterte an der Darnächtigkeits der russischen Unterhändler. In Finnland hat man das sehr schmerzhaft emp-

funden, noch schmerzlicher aber in den betroffenen Kreisen, in denen man sich mit der Rückkehr zu Rußland widerstrebend abfinden muß. Die Ostkarelier wehren sich jetzt gegen die Bolschewikenherrschaft. Sogar einem Fremden, der nur einigermaßen die Verhältnisse kennt, muß es klar sein, daß Finnland sich nicht wegen der ostkarelichen Frage zu neuen Komplikationen mit Rußland hinreichen lassen kann, noch will, nachdem es jetzt endlich nach langen Schwierigkeiten den Weg zu einem modus vivendi mit Rußland in dem neu geschlossenen Frieden gefunden zu haben glaubt.

Das Verhältnis zwischen der Sowjetregierung und dem weißen Finnland ist sowieso sehr zart und empfindlich. Als die Sowjetgesandtschaft nach Finnland kommen sollte, verlangten die finnischen Grenzbehörden, daß die russischen Diplomaten sich den für den Verkehr mit Rußland vorgeschriebenen Quarantänebestimmungen unterwerfen sollten. Statt dessen lehrten die Russen aber nach Petersburg zurück und es trat eine neue Spannung zwischen Finnland und der Sowjetregierung ein, die jedoch jetzt wieder beigelegt ist. Die bolschewistische Gesandtschaft ist schon in Helsingfors eingetroffen, wie auch die finnische in Moskau. Wie sich der Verkehr zwischen den beiden so grundverschiedenen Staaten weiter entwickeln wird, ist noch schwer zu sagen. Die Tätigkeit der bolschewistischen Vertretung in Helsingfors wird aber für die ganze Welt ein lehrreiches Beispiel sein. Hier fürchtet man ihre Propaganda ebensowenig wie man Großes von wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland erhofft. Man sieht hier nicht ein, womit Rußland etwaige Einkäufe bezahlen sollte. Das Beispiel Estlands, das große Verträge mit der Sowjetregierung abgeschlossen hatte, wird hier als sehr beachtend angesehen. Als die Lieferungen anfragen sollten, wurden die Bestimmungen widerrufen, da Rußland die Zahlungsbedingungen nicht erfüllen konnte.

Anruhen im Uralgebiet.

(Eigener Drahtbericht.)

e. London, 4. April. Ein Korrespondent des „Manchester Guardian“ schreibt, daß die russische Revolution noch andauert. Nur das Terrain sei verändert. Jetzt finden die Anruhen im Uralgebiet statt. Dort bekämpfen sich die Bolschewiken untereinander, da sich die Anhänger Lenins und Trozki im Ural feindlich gegenüber stehen. Die Sozialrevolutionäre haben aus dem Streit Vorteil gezogen und die transsibirische Eisenbahn auf weite Strecken vernichtet, so daß militärische Transporte unmöglich geworden sind.

Karls Abenteuer.

Das Ultimatum der Kleinen Entente.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 4. April. Reuter erzählt, daß die Kleine Entente an Admiral Horthy ein Ultimatum gefandt habe, wenn der frühere Kaiser Karl das ungarische Gebiet nicht verlasse, würden am Donnerstag militärische Maßnahmen begonnen werden.

Karls Weigerung, Ungarn zu verlassen. —

Ministerkrise?

(Eigener Drahtbericht.)

Wien, 4. April. Auch die heutigen Morgenblätter melden aus Ungarn, daß Karl von Habsburg sich fortgesetzt weigert, Ungarn zu verlassen. Der morgigen Sitzung der ungarischen Nationalversammlung sieht man deshalb mit Spannung entgegen; man befürchtet sogar eine Ministerkrise. Dagegen melden einige Blätter aus einer besonderen Quelle, daß die letzten Reisevorbereitungen beendet sind und mit der Abreise binnen 48 Stunden

gerechnet werden könne. Wie einige Blätter aus Stein am Rger melden, hätten die Ärzte bei Karl von Habsburg eine Irritation beider Lungenflügel festgestellt.

Karls Helfershelfer aus Oesterreich ausgewiesen.

(Eigener Drahtbericht.)

Wien, 4. April. Die Korrespondenz Wilhelm meldet, auf Grund des Ergebnisses der aus Anlaß der Reise des früheren Kaisers Karl durch Oesterreich eingeleiteten Untersuchung wurden die ungarischen Staatsangehörigen Prinz Ludwig Windisch-Grätz, sowie Graf Thomas Erdödy und dessen Gattin dauernd aus der Republik Oesterreich ausgewiesen.

Tschechien gegen die Habsburger.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 4. April. „Petit Parisien“ hat sich an den Minister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Venet gewandt, um von ihm eine Äußerung über den Zweck der Rückkehr König Karls zu erhalten. Das Blatt veröffentlicht eine Depesche des Außenministers vom 3. April, worin es heißt: Die Tschecho-Slowakei werde niemals die Rückkehr irgend eines Habsburgers gestatten. Die Regierung habe vom ersten Augenblick an im Einverständnis mit Italien und Südslawien und Rumänien in Ungarn interveniert und energische Maßnahmen angeklündigt für den Fall, daß die ungarische Regierung und die Nationalversammlung gegen die Beschlüsse der Völkerversammlung und die Kleine Entente handeln würde. Die Regierung würde Garantien gegen die Wiederkehr solcher Ereignisse verlangen. Alle notwendigen militärischen Maßnahmen seien getroffen. Wenn bis nächsten Donnerstag das Abenteuer nicht endgültig beendet sein werde, dann würden die ersten Maßnahmen angewandt werden.

Amerika und der Friedensvertrag.

Die Haltung Amerikas.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 4. April. „Daily Mail“ meldet aus New York, vor der Absendung der amerikanischen Note an Deutschland, die nach Meldung englischer Blätter in Berlin bereits bekannt zu sein scheint, habe eines der Mitglieder des Kabinetts den Washingtoner Berichterstatter der „Daily Mail“ empfangen und die Haltung der amerikanischen Regierung gegenüber Deutschland auseinandergesetzt. Die Persönlichkeit erklärte, die Vereinigten Staaten seien der Ansicht, daß die an Deutschland gestellten Forderungen gerecht seien. Sie habe hinzugefügt, zweifellos in Erwiderung auf den Vorschlag des deutschen Außenministers, daß die Vereinigten Staaten deutsche Obligationen als Teile der Bezahlungen der alliierten Schuld an Amerika annehmen würden.

Die Klausel des Senators Knox.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 4. April. Nach der „Chicago Tribune“ hatte Senator Knox am Samstag eine dreistündige Unterredung mit dem Präsidenten Harding gehabt. Es wird behauptet, daß Senator Knox seine Friedensresolution einbringen, ihr aber wahrscheinlich eine Klausel anhängen würde, in der die Absicht ausgesprochen würde, darauf zu bestehen, daß Deutschland seine Verantwortung für den Krieg anerkennen, den Krieg begonnen zu haben, und daß es seinen Verpflichtungen nachkommen müsse.

Die Befriedigung der „Times“.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 4. April. Die „Times“ melden aus Washington, die Politik des Wochenendes könnte in den alliierten Ländern große Befrie-

digung erzeugen. In einer Kabinettsitzung am Freitag sei beschlossen worden, daß die Zeit für die Befreiung der amerikanischen Haltung in der Reparationsfrage gegeben sei. Am Samstag sei mitgeteilt worden, daß Hughes eine Notiz an den amerikanischen Kommissar in Berlin, Dreisel, abgesandt habe, in der der Standpunkt eingenommen werde, daß Deutschland die Verantwortung für den Krieg übernehmen und die Reparationen bis zur vollen Grenze seiner Leistungsfähigkeit leisten müsse. Die Notiz werde nicht nur der Berliner Regierung übermittelt werden, sondern auch den Vertretern der alliierten Länder.

Englische Schadensfreude.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 4. April. Die „Morning Post“ meldet unter der Überschrift „Vivianis vergebliche Mission in Washington“, die einzige sichtbare Wirkung von Vivianis Besuch sei nur eine Vertiefung der Haltung der Gegner des Vertrages von Versailles, und des Völkerbundsvertrages, und der Wunsch, auf dieser Seite diese Frage endgültig durch die Annahme der Resolution Knox oder durch etwas Ähnliches zu erledigen. Die Haltung des Präsidenten sei die gleiche geblieben wie vor der Wahl und wie er sie in seinen öffentlichen Ausprüchen zum Ausdruck gebracht habe. Der Washingtoner Berichterstatter des Blattes fragt, was Vivian denn gewonnen habe dadurch, daß er nach Washington gegangen sei. Es sei ihm die amerikanische Sympathie zugeflossen und die moralische Unterstützung Amerikas versprochen worden, und dies sei sein einziger Trost. Vivian habe erfahren, daß die Vereinigten Staaten zwar Europa den Rücken gekehrt haben, daß sie jedoch von der Verwicklung der europäischen Angelegenheiten nichts wissen wollen, und es sei Viviani tatvoll zum Ausdruck gebracht worden, daß die Vereinigten Staaten erwarten, daß Europa seine Schulden bezahle. Wenn Vivian nach Amerika mit gemiffen Illusionen gekommen sei, so seien diese zerstückt worden.

Was Belgien unter Abrüstung versteht.

(Eigener Drahtbericht.)

e. Brüssel, 4. April. Die belgische Regierung hat von England 40 Flugzeuge des Modells, wie sie in den letzten Kriegsjahren zum Bombardement rheinischer Städte benutzt worden sind, angekauft.

Badisches Landestheater.

„Carmen.“

In neuer Einfindung ging dieses geniale Werk nach längerer Pause wieder in Szene. Die Titelrolle gab das frühere Mitglied unserer Oper, Gisela Dardyn-Tercs. Sie hat, seit ihrem letzten hierig. Auftreten, in gefanglicher Einsicht Fortschritte gemacht. Die Stimme ist kräftiger, ausdrucksreicher geworden; leider hörten wir in der Ansprache. Das Spiel litt wie früher unter einem Juviel an äußeren Bewegungen, dem ein erheblicher Mangel an innerer Gestaltungskraft gegenüberstand. Schlimm war da der erste Akt; da gebärdete sich Carmen wie ein eigenfinniges, schmollendes, kotterierendes Weibchen. Von dem Dämonischen, Tragischen dieser Gestalt war hier, wie auch späterhin, wenig zu spüren. Doch hatte die Künstlerin im dritten und letzten Akt wirksame Momente. Den Jovis sang, als Bewerbungsgast, Walter Favre vom Stadttheater in Offen. Er besitzt eine männliche, kraftvolle Stimme, die in der Tiefe und Mittelstimmigkeit durch leichten Kontrast auszeichnet, während die Höhe dem Sänger Schwierigkeiten bereitet. Die Schmeichelei, das Weiche, Elanische, das man von einem lyrischen Tenor verlangt, vermiste man in Favres Stimme; doch wird darüber sein Belmonte noch näheren Anknüpf geben. Der Vortrag des Gastes ließ musikalische Kultur erkennen. Auch das fesselnde Spiel sprach zu seinen Gunsten.

Eine erauellende Leistung war die Micaela von Käthe Dell. Diese leider viel zu wenig beschäftigte Künstlerin zeigte darin aufs Neue ihren prachtvollen, zu Herzen dringenden Sopran und ansprechendes Spiel. Inre Aldoris Escamillo hatte Temperament; die schöne Stimme des Sängers kam in dieser Rolle wieder aufs Beste zur Geltung. Auch die übrigen Mitwirkenden: der Tenorist Gottfried Hagedorn, der Sergeant Rudolf May-Motz und die Schmeißler: Lotte Lange-Bake, Gertrud Leibiger, Eugen Kalnbach und Hans Vuffard fanden auf der Höhe ihrer Aufgabe. Das Karwenduct der beiden Zigeunerinnen — besonders entzückte Gertrud Leibiger durch die Fülle und Ausdruckskraft ihres Mits — gehörte zum Besten der Vorstelluna. Operndirektor Fritz Corioles leitete die

Aufführung, die gute Vorbereitung erkennen ließ. Im ersten Akt waren die Temp einige Male überhastet; im ganzen aber hatte die Aufführung raffines Temperament, zündende Kraft; auch berührte die feine Ausarbeitung des Orchesterpiels mohlwend. Dem Chor gebührt für sein frisches Singen ein besonderes Wort der Anerkennung. Hans Vuffard führte verständnisvoll die Regie. Das von Emil Burkard neu-geschaffene Bühnenbild des letzten Aktes ist wirksam; hoffentlich folgt bald die (sehr notwendige) heutzutage Neugestaltung auch der übrigen Akte. Das ausverkaufte Haus war ungewöhnlich beifallstrendig. S. W.

Theater und Musik.

Johannes Brahms-Morgensfeier. Es war verdienstvoll von Margarete Schweikert, dieser strebsamen, unternehmungsfreudigen Künstlerin, den Todesstag Johannes Brahms durch eine Stunde ernst, gehobenen Musizieren zu begehen. Zahlreiche Besucher hatten sich, trotz des schönen Sonntagmorgens, in der Entrée eingefunden. Gemeinam mit Professor August Schmid-Lindner (München) spielte die Geigerin Brahms erste Violinsonate in G-Dur (op. 78). Das überaus ansprechende, von zarter, elegischer Stimmung durchwehte Werk fand durch die beiden Künstler eine hochwertige Wiedergabe. Margarete Schweikerts Geigenpart hat seit ihrem letzten öffentlichen Auftreten noch an Fülle und Ausdruckskraft gewonnen. Mit reifer Technik begabt, spielte sie ihren Part überlegen, mit trefflichem Ausdruck. Ihr Spiel verriet inniges Vertrauen mit der Eigenart der Brahms'schen Tonsprache. Zwingende, überzeugende Kraft geht von ihrem farbenreichen, stimmungsreichen Spiel aus. Nicht minder von jenem August Schmid-Lindner. Einen Vollblutmusiker mit fort-reißendem, dennoch feis gebändigtem Temperament erkennt man in ihm. Prächtig der kraftvolle, aller Schattierungen fähige Anschlag. Vaszinierend die sichere, schöpferische Gestaltungsfähigkeit dieses Künstlers. Schade, daß er die ursprünglich vorgesehene Fändel-Variationen nicht spielte! Doch auch die drei kleineren Stücke, zwei Capriccios und ein Intermezzo (aus op. 116) boten in ihrer schwingvollen, kongerfüllen Wiedergabe hohen Genuß. Daß Schmid-Lind-

ner ein hervorragender Kammermusiker ist, mußte man von den letztjährigen Konzerten Sowohl in der Violinsonate, als auch in dem Konzert wirksam beschließenden Klaviertrio (C-Dur, op. 87) bestatigt durch sein von hoher Musikalität zeugendes, überlegen, führendes Spiel. In letzterem Werk gefellte sich dem Pianisten und der ihren Geigenpart ionischen spielenden Margarete Schweikert noch der hervor-ragende Cellist Paul Trautvetter, dessen oft gerühmtes Klangvolles, vornehmendes Spiel auch diesmal wieder vortrefflich in Erscheinung trat. So bot diese Morgensfeier eine Fülle des Schönen und Erhebenden, und der herzliche Beifall der den Künstlern spendend wurde, war vollumf verbiend.

Uraufführung in Altenburg. Aus Altenburg wird uns geschrieben: „Die japanische Puppe“, ein Spiel zwischen Ernst und Eberz in drei Aufzügen von Rudolf Lotzard und Hans Bachwitz, erlebte am Landestheater zu Altenburg seine Uraufführung. Das auf einer originalen Voraussetzung aufgebaute, vorwiegend hellere Stück wurde dank der vortrefflichen Zeichnung der Hauptfiguren und dank des feingefühligen, vielfach wirklich wichtigen Dialogs herzlich aufgenommen. Der an-wendende Mitautor Rudolf Lotzard konnte mehrfach für den sehr lebhaften Beifall danken. Dr. L. St.

Kunst und Wissenschaft.

Neu auftauchende Meisterwerke alter Kunst. Eine Reihe bisher unbekannter Meisterwerke des Rubens und des Greco, meist aus italienischem und spanischem Privatbesitz, veröffentlicht das neue Heft der Seemanns'schen „Zeitschrift für bildende Kunst“. Es ist, nebenbei bemerkt, ein Beweis für den hohen Stand der deutschen Kunstkritik, wenn auch die ausländischen Besizer solcher erlesenen Stücke die Veröffentlichung den deutschen Forschern überlassen. Den neuen Rubens, bei Frau Maria Borgbesani in Bologna, publiziert Dr. Rudolf Oldenbourg; eine Judith, die das Haupt des Holofernes in den von der Dienerin offen gehaltenen Sand gleiten läßt, das Schwert noch in Händen. Rubens, der den Gegenstand mehrfach dargestellt hat, malte hier Anfang der 20er Jahre des 17. Jahrhunderts die Szene in relaxierter Haltung,

mit Ab schwächung ihrer Dramatik, dafür mit Betonung formaler Gesichtspunkte. Die neuey Greco's veröffentlicht Prof. L. L. Mayer. Der vielleicht interessanteste ist eine Veronika mit dem Schweifstich Christi, in der Madonnen Sammlung Kuno Koberler. Für die Frau stand die schöne junge Toledanerin Modell, die Greco mehrfach gemalt hat und in der Mayer die Geliebte des Künstlers und Mutter seines Sohnes erblicken will. Das Nikk Christ auf dem Schweifstich zeigt wie das Dirers etwas von den eigenen Zügen des Meisters. Das Gemälde stammt aus der Klausur eines Klosters in Toledo. Auch noch einige andere Christus-bilder des zum Spanier gewordenen Kreters veröffentlicht Mayer an dieser Stelle, ferner als materialien Lederbissen eine kleine Verkündigung aus dem Museum in Bilbao, eine pom-pöse Halbfigur des Apostels Jacobus Major aus der Madonnen Sammlung Schlayer, und endlich die Kreidezeichnung eines weiblichen Kopfes, bisher das einzige Blatt aus der reifen Zeit des Meisters, das auf uns gekommen ist.

Der diesjährige Architekturtag. Vom 3. bis 6. Juni wird in diesem Jahre der Bundestag des „Bundes Deutscher Architekten“ in Kassel tagen.

Zum 100. Geburtstag Bandelaire's, den die literarische Welt nächsten begehen kann, wird eine Gedenktafel an der Stelle angebracht werden, wo früher in der Pariser Rue d'Anjou-leuille das Geburtshaus des großen Dichters stand.

Personalien. Professor Eberle an der Karls-ruber Technischen Hochschule, der gegenwärtig zur Leitung der Hauptstelle für Wärmelehre nach Berlin beurlaubt ist, wurde an die Technische Hochschule in Darmstadt berufen zur Übernahme des dort neu errichteten Lehrstuhles für Wärmelehre und Wärme-wirtschaft. — Der Privatdozent für Chirurgie und All-gemeinmedizin an der chirurgischen Klinik der Universität Gießen, Dr. Wilhelm Gundermann, ist zum außerplanmäßigen a. o. Professor dorthin ernannt worden. — Als Nachfolger des Professors Dr. W. Salinf-der nach Darmstadt übertriedelt, ist der Professor für höhere Mathematik Geh. Hofrat Dr. Robert Fricke für die Zeit vom 1. April 1921 bis 31. Juli 1922 zum Rektor der Technischen Hochschule in Braunschweig ernannt und beauftragt worden. — In München ist der a. o. Professor für semiotische Philologie an der dortigen Universität, Dr. Theol. et phil. Ernst Lindl im Alter von 49 Jahren.

Continental Regenmäntel. Trag Continental-Regenmantel mit Continental-Regenhut. Neueste Formen für Damen, Herren, Kinder — tadellos sitzend — in allen einschlägigen Geschäften. So gut wie Continental-Reifen.

Der kommunistische Putsch.

Eine mißglückte Sprengaktion.

w. Berlin, 4. April. Der Heizer Heinrich Pie...

Niedergeschlagen.

w. Magdeburg, 4. April. Die Reichsliste des...

Wieder: Aufnahme der Arbeit.

Berlin, 4. April. In Sachsen, in den...

Berlin, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Die...

w. Berlin, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Die...

5. Berlin, 4. April. (Eig. Drahtbericht.) Die...

w. Berlin, 4. April. (Eig. Drahtbericht.) Die...

w. Berlin, 4. April. (Eig. Drahtbericht.) In...

Deutsches Reich.

Die schwierige Regierungsbildung in Preußen.

8. Von unserer Berliner Redaktion wird uns ge...

Die am Sonntag stattgefundene Zusammenkunft...

Das ist nun diese Politik, die ja zuletzt die...

reicht, was doch in absehbarer Zeit zu einem neuen...

Den Wählern zufolge haben an der Besprechung...

Badischer Landtag.

Badens Handel und Industrie und das Ertrags...

Der Badische Industrie- und Handelsrat, der am...

Der Badische Industrie- und Handelsrat gibt seinem...

Angebot der außerordentlich bedrohlichen Lage...

Der Badische Industrie- und Handelsrat protestiert...

Da dies nicht gelingen ist, beschließt sich der...

Das Brennen von Kohlensteinen.

Landtagsabg. Subert hat auf seine Anfrage im...

Wir teilen Ihnen mit, daß wir nach wiederholter...

Badische Politik.

Finanzminister Köhler

hat sich am Sonntag zur Teilnahme an den Besprechun...

Aus der Sozialdemokratischen Partei.

Eine Tagung des Bezirksausschusses der Sozialdem...

Aus Baden.

Großer Brand in einem Schwarzwaldorf.

Donauerschingen, 4. April. (Eigener Drahtbericht.)...

Abnissfeld (Schwarzwald), 4. April. Eine Vor...

Bruchsal, 4. April. Ein Einbrecher verübte...

rr. Mannheim, 4. April. (Eigener Drahtbericht.)...

Mädchen, gesucht wird, mußte heute vormittag...

Reinsheim, 4. April. Der 17jährige Fabrik...

Wosbach, 4. April. (Drahtbericht.) Die bei...

Hardheim (Am Buchen), 4. April. Die Ober...

Breisingen (Am Buchen), 4. April. Ein...

m. Reinsweiler, 2. April. Von einem schwe...

Wiesenheim (bei Reisingen), 4. April. In...

Amendingen, 4. April. Dieser Tage...

Willingen, 4. April. Am Freitag nachmittag...

Salem bei Heberlingen, 4. April. Vor...

Schule und Kirche.

Der Evangelische Bund.

häft vom 2. bis 5. Mai in Eisenach seine diesjäh...

Der 8. deutsche Seefahrtsrat.

Letzte Nachrichten.

Der 8. deutsche Seefahrtsrat.

Berlin, 4. April. Der vom Deutschen naut...

Der Generaldirektor der Sapa, Geh. Ober...

Der Generaldirektor der Sapa, Geh. Ober...

und Personenschiffen getroffen werden könne.

Eine Kundgebung für Oberschlesien in Königsberg.

Königsberg, 4. April. In der Sonntagnacht...

Unerhörter Rechtsbruch im Hultschiner Ländchen.

Radibor, 4. April. Wie der Oberstl. An...

Das Bunkerverbot.

e. London, 4. April. Aus den verschiedenen...

Kabinettskrisse in Luxemburg.

e. Brüssel, 4. April. Minister Reuter in...

Der Fascistenkongreß.

Bologna, 4. April. (Telef.) Am Anlaß des...

Portugal beteiligt sich nicht an den Sanktionen.

e. London, 4. April. Aus portugiesischen...

Der Macturs in Zürich.

e. Zürich, 4. April. Deutige Schlussnotierung...

Ein vortreffliches Rezept bei schlechtem, unreinem Zeint!

Von Dr. med. W. Schlichter und unreiner Zeint ist wohl der am häufig...

